

Dv.

Geheim! 35

Im Namen des Deutschen Volkes

ABSCHLUSZ.

8 J 415 / 35g
1 H 1 / 37

In der Strafsache gegen

- 1.) den Reichsbahnbediensteten Franz Vinzenz Ludwig Faltner aus München, Hellenstraße 4/II, geboren daseibst am 17. Dezember 1901, verheiratet, nicht vorbestraft,
- 2.) den Kellner Josef Michael Feuerer aus München, Steinstraße 3/III, geboren zu Regensburg am 9. Januar 1911, ledig, nicht vorbestraft,

zu 1) und 2) in dieser Sache in Untersuchungshaft,

wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und Landesverrats

hat der Volksgerichtshof, 1. Senat, in der öffentlichen Sitzung vom 24. März 1937 auf Grund der mündlichen Verhandlungen vom 22., 23. und 24. März 1937, an welchen teilgenommen haben

als Richter:

Volksgerichtsrat Lämmle als Vorsitzender,
Landgerichtsdirektor Dr. Lühmann,
SA-Obergruppenführer Bückenhauer,
Fregattenkapitän Fischer,
Stadtrat und Ratsherr Kaiser,

als Beamter der Staatsanwaltschaft:

Staatsanwalt Dr. Freiherr Schenck zu Schweinsberg,
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle:

Justizbüroassistent Juhle,

für Recht erkannt:

Wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens unter erschwerenden Umständen, von Faltner tateinheitlich begangen mit einem Vergehen nach § 90^c St.G.B., werden verurteilt

Faltner zu einer Zuchthausstrafe von 10 - zehn - Jahren,
Feuerer zu einer Zuchthausstrafe von 3 - drei - Jahren.

Die

Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens.
Die bürgerlichen Ehrenrechte werden aberkannt
dem Angeklagten Faltner auf die Dauer von 10 ..
zehn .. Jahren,
dem Angeklagten Feuerer auf die Dauer von 3
- drei - Jahren.

Auf die erkannte Freiheitsstrafe wird die erlittene Untersuchungshaft bei beiden Angeklagten in Höhe von je 1 .. einem .. Jahr 10 .. zehn .. Monaten in Anrechnung gebracht.

Die beschlagnahmten Druckschriften, deren Wert auf RM 1, .. eine Reichsmark .. festgesetzt wird, werden eingezogen.

Von Rechts wegen.

G r ü n d e :

I.

Im Zuge der mit dem 30. Januar 1933 begonnenen staatlichen Neuordnung erfolgte auch die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und ihrer Nebenorganisationen. Zugleich wurde ihr mit der Beseitigung des alten Parteienstaates für die Zukunft jede Möglichkeit eines gesetzmäßigen Wiederaufbaues und einer parlamentarischen Betätigung genommen. Demzufolge ist die illegale SPD, von ihrer früheren gemäßigteren Kampfesweise abgerückt und erstrebt nunmehr mit allen Mitteln den gewaltsamen Sturz der Regierung Hitlers, also die gewaltsame Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches. Dies wird mit aller Deutlichkeit in der Erklärung zum Ausdruck gebracht, die der Vorstand der SPD, von Prag aus in der Ausgabe der gerichtsbekannten ^{illegalen} SPD-Zeitung „Sozialistische Aktion“ vom 28. Januar 1934 und in der gerichtsbekannten getarnten Schrift „Die Kunst des Selbstrasierens“ veröffentlicht hat. Die Erklärung trägt die Überschrift: „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei

Deutsch -